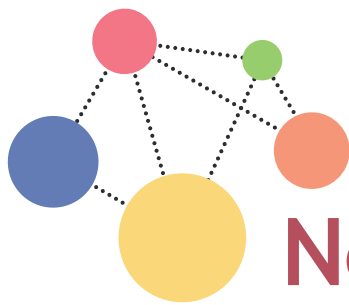


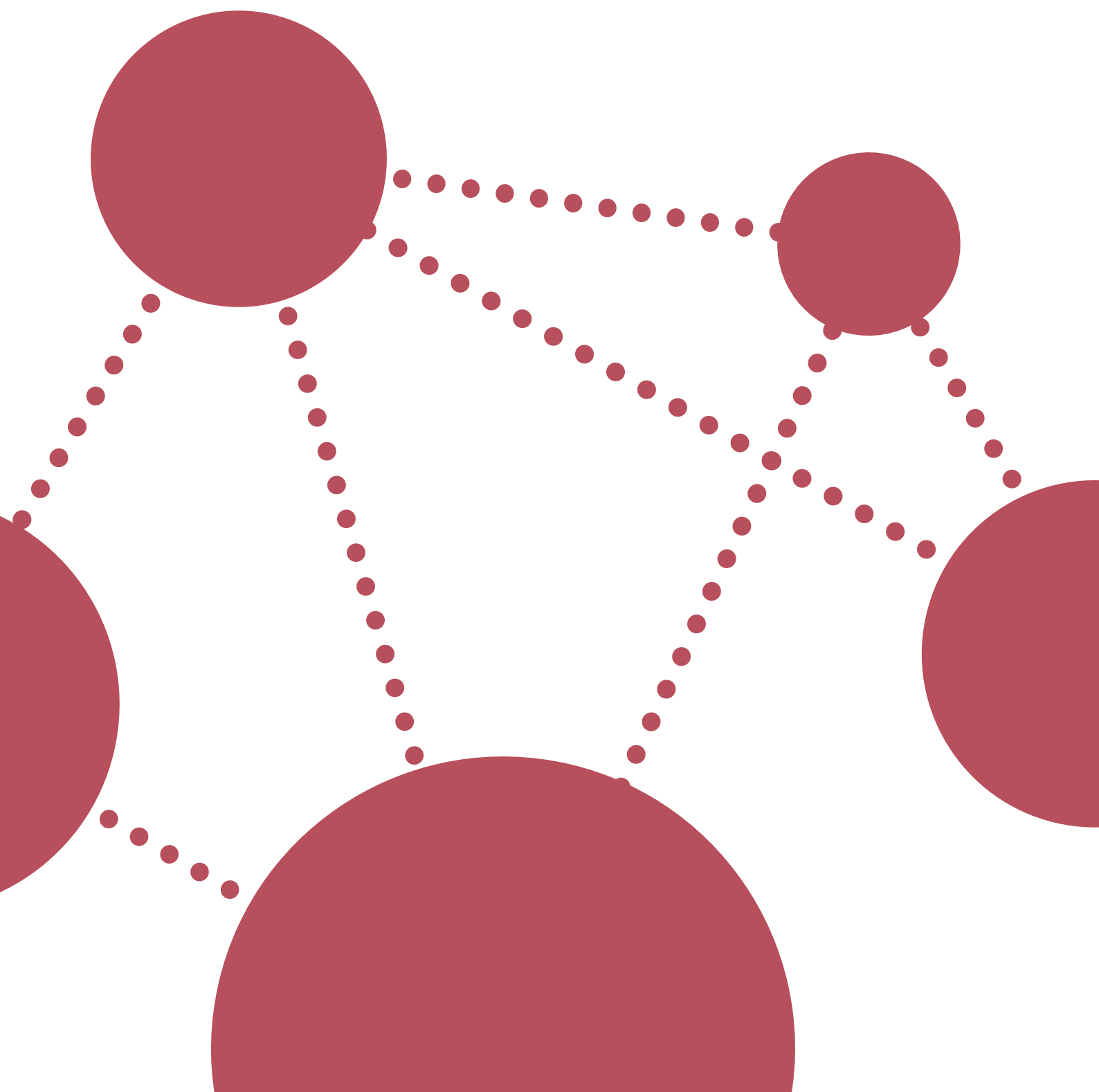


NeSoVe

NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

JAHRESBERICHT

2018



Netzwerk Soziale Verantwortung
Jahresbericht 2018

Redaktion

Mag. Carla Weinzierl, MSc

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Netzwerk Soziale Verantwortung

c/o KSÖ

Schottenring 35/DG

1010 Wien

Tel: 0660/88 35 409

office@sozialeverantwortung.at

ZVR-Nummer: 069638267

Bankverbindung:

IBAN: AT45 1400 0171 1002 6943

BIC: BAWAATWW



Diese Veröffentlichung wird aus Mitteln
der Arbeiterkammer Steiermark gefördert und
mit Unterstützung der PRO-GE vervielfältigt.

Vorwort

von Mag.^a Carla Weinzierl, Geschäftsführerin

2018 war ein gutes Jahr für NeSoVe, viel ist geschehen: wir sind in ein neues Büro übersiedelt, haben eine neue Corporate Identity, eine neue Website, eine fokussierte Strategie. Das Netzwerk ist wieder gewachsen und konnte finanziell stabilisiert werden. Projekte wurden erfolgreich abgeschlossen, Veranstaltungen gut besucht und unsere diesjährige Kampagne vielversprechend aufgesetzt.

Doch es bleibt viel zu tun. Eine im Herbst 2018 erschienene Studie von Corporate Human Rights Benchmark untersuchte 101 international tätige Konzerne und kam zu dem Schluss, dass 40 Prozent der Unternehmen keinerlei Maßnahmen tätigen um Menschenrechte entlang ihrer Wertschöpfungsketten zu gewährleisten. Im Schnitt erreichten die Unternehmen nur ein Viertel der möglichen Punktezahl, vor allem im Textil- und Agrarbereich grassiert Kinderarbeit, im Grunde keines der untersuchten Unternehmen konnte starkes Commitment zu fairer Entlohnung vorweisen und weniger als 10 Prozent der Unternehmen sprechen sich für die Rechte von MenschenrechtsverteidigerInnen aus, um nur ein paar der Ergebnisse zu nennen. Eine vom NeSoVe durchgeführte Recherche kam zu ähnlichen Schlüssen österreichische Unternehmen betreffend.

Doch auch bezüglich jener Unternehmen, die als Vorreiter gelten können und diverse Maßnahmen ergreifen bleiben prinzipielle Freiwilligkeit, mangelnde Überprüfbarkeit und vor allem fehlende Sanktionsmöglichkeit stark zu kritisieren. Die Analyseergebnisse für Österreich wie auch international zeigen einen klaren Bedarf an verbindlicher Regulierung von Unternehmen auf, einerseits um Menschenrechte weltweit Realität werden zu lassen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, aber auch um Rechtssicherheit für Unternehmen zu schaffen und um die Wettbewerbsnachteile denen Vorreiter derzeit ausgesetzt sind zu eliminieren.

In diesem Kontext unterstützt NeSoVe die europaweite Kampagne ‚Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne‘ und fordert die konstruktive Beteiligung der EU und ihrer Mitgliedstaaten am UN Binding Treaty Prozess, wie auch die verbindliche Regulierung unternehmerischen Handelns auf nationaler und europäischer Ebene. In mehreren Mitgliedsstaaten gibt es diesbezüglich bereits unterstützenswerte Prozesse; die österreichische Regierung hingegen handelt weiterhin hartnäckig im Interesse der Konzerne.

So vergeht kein Tag an dem ich mir nicht mehr Ressourcen für das NeSoVe wünsche um in der inhaltlichen Arbeit tiefer gehen, Bündnisse ausbauen, und den Druck auf EntscheidungsträgerInnen erhöhen zu können. In diesem Sinne bedanke ich mich und hoffe auf Eure fortwährende Unterstützung!



Selbstverständnis des NeSoVe

Der Verein fordert die Durchsetzung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien des Handelns von Unternehmen.

Ziel des Vereins ist es, für alle Unternehmen verpflichtende gesetzliche Regeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene auf hohem Niveau zu bewirken. Regulative Maßnahmen können – wo sinnvoll – durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen (CSR-Maßnahmen) ergänzt werden, sofern anspruchsvolle und verifizierbare bzw. kontrollierbare Regeln festgelegt werden.

Dabei ist der Verein der Überzeugung, dass die Festlegung gesellschaftlich wünschenswerter Handlungsweisen von Organisationen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung sowohl auf freiwilliger als auch auf allgemein verbindlicher Ebene eine öffentliche Aufgabe ist, die demokratisch legitimierten Institutionen obliegt. Eine Übertragung und damit Privatisierung dieser Aufgabe auf Unternehmenskreise und von diesen kontrollierten Stakeholder-Dialogen ist daher abzulehnen.

Durch den Zusammenschluss gibt der Verein den von Unternehmenspolitik betroffenen Stakeholdern (Arbeitnehmer*innen, Verbraucher*innen und NGOs) ein stärkeres Gewicht und verbessert damit die Bedingungen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortlichkeit als Prinzip des wirtschaftlichen Handelns. Der Verein lobbyiert in diesem Sinne auf nationaler und europäischer Ebene, unterstützt den Zusammenschluss nationaler Netzwerke für Corporate Accountability (im Sinne von verbindlicher Unternehmensverantwortung), kontrolliert unternehmerisches Handeln und Verstöße gegen soziale, gesellschaftliche, arbeitsrechtliche, ökologische und menschenrechtliche Standards, sowie den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit sogenannter CSR-Maßnahmen. Darüber hinaus sensibilisiert der Verein die Öffentlichkeit zu Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Politik und Wirtschaft.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO.



Ergebnisse des Strategieprozesses 2017/18

Im Herbst 2017 wurde ein Strategieprozess begonnen der im Frühjahr 2018 in einem Papier mündete. Die drei-Jahres Strategie folgt dem Vereinsziel der Durchsetzung verbindlicher Regulierung zu sozialer, gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung von Unternehmen auf österreichischer, europäischer und weltweiter Ebene und fokussiert dabei auf den UN-Treaty Prozess. Das Papier wurde im Juni von der Mitgliederversammlung beschlossen und strukturiert die inhaltliche und strategische Arbeit der kommenden Jahre.

NeSoVe Arbeitsschwerpunkte

Weltweit	EU	Österreich
UN-Treaty	Green Card Initiative (Frankreich)	Bsp EU-MS: F, UK, CH...
UNGPs	NFI-Richtlinie	NaDiVeg (NFI)
OECD Richtlinien & Kontaktpunkt	Konfliktmineralien-VO	UNGPs → NAP
	UTPs	NeSoVe Rechtsgutachten
 Verbindliche Regeln für Konzerne, Rechte für Menschen		

Auf internationaler Ebene setzt sich das Netzwerk im Rahmen der Treaty Alliance gegen Straflosigkeit und für den verbindlichen UN-Vertrag zu unternehmerischer Verantwortung ein und versucht hier eine proaktiv unterstützende österreichische Position zu erreichen. Darüber hinaus wird die Umsetzung der freiwilligen UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte kritisch begleitet.

NeSoVe verfolgt außerdem die Umsetzung der OECD-Richtlinien und setzt sich auch auf europäischer Ebene für verbindliche Regeln ein, beispielsweise im Rahmen der von Frankreich und sieben weiteren Parlamenten ausgehenden Green Card Initiative.

Auf nationaler Ebene ist das französische Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen von 2017 ein gutes Beispiel und Inspiration für Initiativen in Österreich. Das ebenfalls 2017 in Österreich in Kraft getretene Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG) zur Berichterlegung großer Unternehmen, welches die EU NRI-Richtlinie von 2014 umsetzt, erfüllt diese Erwartung bei weitem nicht. NeSoVe wird dessen Implementierung kritisch begleiten und sich weiterhin für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien einsetzen.

NeSoVe verfolgt außerdem den Prozess zum Sozialverantwortungsgesetz, das 2018 im Parlament eingebracht wurde. Im Besonderen setzt sich NeSoVe für konkrete vom Netzwerk in Rechtsgutachten erarbeitete Rechtsreformvorschläge ein.

NeSoVe Strategie

Vernetzung	Beratung	Lobbying & ÖA	Watchdog
NGOs, Bewegungen, Gewerkschaften, Betriebsräte	Unterstützung für Betriebsräte bei CSR-Prozessen	Lobbygespräche	Überprüfung der Einhaltung von Mindeststandards durch ö und in Ö tätige Unternehmen
Dachverband ECCJ	Weiterbildung zur Sorgfaltsprüfung	Roundtables und öffentliche Veranstaltungen	Negativpreis: Schandfleck des Jahres
Bündnisse: Treaty Allianz, AG Rohstoffe, Anders Handeln...	Expertise bei Veranstaltungen von Mitgliedern	Medienarbeit	Exemplarische Klagen
		Social Media und Newsletter	

Verein

Geschäftsführerin

Mag.^a Carla Weinzierl, M.Sc

Vorstand

Mag. Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Vorstandsvorsitzender

Mag. Andrew Lindley (Betriebsrat, Austrian Institute of Technology, AIT), Finanzreferent

Prof.em. Peter Degischer (transform.at), Schriftführer

Mag.^a Melanie Oßberger (FIAN)

Mag.^a Sabine Stelczenmayr (AUGE/UG)

Mag. Herbert Wasserbauer (DKA)

Rechnungsprüferinnen

Heidemarie Ambrosch (transform.at)

Mag.^a Eva van Rahden (Volkshilfe Wien)

Generalversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 7. Juni 2018 in den Räumlichkeiten der ksoe statt. Der Vorstand wurde statutengemäß entlastet und von drei auf sechs Mitglieder erweitert: neu gewählt wurden Melanie Oßberger, Sabine Stelczenmayr und Herbert Wasserbauer. Das Strategiepapier 2018-2021 wurde durch die Geschäftsführung vorgestellt und einstimmig beschlossen.

Jahresabschluss 2017

Erträge in Euro		Aufwendungen in Euro	
Mitgliedsbeiträge	8.475,00	Personalkosten	20.593,63
Förderungen	15.328,10	Infrastruktur & Dienstreisen	1.690,63
Externe Refundierung	2.218,80	Honorare, Dienstleistungen Dritter	3.780,30
Sonstige Einnahmen	600,00	Mitgliedschaften	500,00
Habenzinsen	0,09	Sonstiges & Bankspesen	5.413,36
Einnahmen gesamt	26.621,99	Ausgaben gesamt	31.977,92
Gewinn/Verlust: -5.355,93			
Vermögen per 31.12.2018: 15.357,49 €			

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder

Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, ArbeitnehmerInnenvertretungen) können ordentliche Mitglieder werden, d.h. sie haben Stimmrecht und ihre Vertretungen können in den Vorstand gewählt werden. Im Frühjahr 2019 zählt der Verein 21 ordentliche Mitglieder:

- > ARGE Weltäden
- > Attac
- > Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/UG (AUGE/UG)
- > Betriebsrat des Austrian Institute of Technology (AIT)
- > Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA)
- > FAIRTRADE Österreich
- > FIAN
- > Finance & Trade Watch
- > Globale Verantwortung (AG für Entwicklung und Humanitäre Hilfe)
- > HORIZONT3000
- > Katholische Jugend Österreichs (kjoe)
- > Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe)
- > Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM)
- > ÖBV - Via Campesina
- > Österreichische Liga für Menschenrechte
- > Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)
- > Südwind
- > The World of NGOs
- > transform!at
- > Volkshilfe Wien
- > ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit



Im Jahr 2018 konnten mit ARGE Weltläden, Attac, FIAN, Finance & Trade Watch sowie ÖBV-Via Campesina fünf neue Mitglieder gewonnen werden.

Außerordentliche Mitglieder

Andere Institutionen sowie interessierte Einzelpersonen können außerordentliches Mitglied werden. Derzeit hat der Verein 7 außerordentliche Mitglieder.

Mitgliedschaften & Bündnisarbeit

ECCJ



Der Verein ist Mitglied der „European Coalition on Corporate Justice“ (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. NeSoVe hat bei der Generalversammlung im Mai 2018 in Brüssel teilgenommen.



ECCJ-Generalversammlung in Brüssel

Neben der Mitgliederversammlung fand auch ein Austauschtreffen mit Abgeordneten des europäischen Parlaments statt. Wir trafen uns mit folgenden Mitgliedern der Arbeitsgruppe ‚MEPs for Responsible Business Conduct‘: Parlaments-Vizepräsidentin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Heidi Hautala (Grüne/EFA, Finland), Jude Kirton-Darlin (S&D, UK, am Photo), Judith Sargentini (Grüne/EFA, Niederlande), Anne-Marie Mineur (GUE/NGL, Niederlande, am Photo).



Treffen mit Abgeordneten des Europaparlaments

AG Rohstoffe



Positionspapier

2016 formierte sich die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe mit dem Ziel der Sensibilisierung für soziale und ökologische Wirkungen von Rohstoffabbau -verarbeitung, und -nutzung und bei Wirtschaft und Politik für die Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien in der Rohstoffpolitik zu lobbyieren. Die AG wurde durch NeSoVe, DKA – Hilfswerk der katholischen Jungschar, Südwind, Finance & Trade Watch, und Global 2000 gegründet und ist seither um das Jane Goodall Institut – Austria, weltumspannend arbeiten und RepaNet gewachsen. Sie wird von der ÖFSE wissenschaftlich begleitet. Anfang 2019 wurde das Positionspapier daher überarbeitet.

Die AG startete Anfang 2019 das von der ADA geförderte Projekt ‚Rohstoffe fair und zirkulär!‘.

Treaty Allianz

2014 wurde auf UN-Ebene der Prozess für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („TNC Treaty“) angestoßen. Die Internationale Treaty Alliance umfasst mittlerweile über 1100 Organisationen und Bewegungen weltweit. Ende 2016 schlossen sich auch in Österreich zivilgesellschaftliche Akteure und Arbeitnehmervertretungen zusammen um für das Treaty zu lobbyieren, die Anzahl ist seither auf 15 angewachsen. Der Prozess ist einer der Schwerpunkte des NeSoVe, das Netzwerk bringt sich daher koordinierend in der Arbeitsgruppe in Österreich ein.



Zivilgesellschaftlicher Side-Event in Genf

NeSoVe war auch 2018 wieder in Genf bei den Verhandlungen anwesend und traf die ständige Vertretung Österreichs sowie VertreterInnen des Europäischen Auswärtigen Dienstes.



Anders Handeln & europaweite Konzernmacht Kampagne

NeSoVe hat sich bereits im Herbst 2017 am Aufbau der Plattform Anders Handeln beteiligt. Die Plattform geht aus dem TTIP-Stoppen Bündnis hervor, mit zusätzlichen InitiatorInnen und UnterstützerInnen.



Going Public Event im WUK

NeSoVe war aktiv beteiligt am Going Public Event der Plattform am 12. März 2018 und hat mit DKA, AK Wien und Südwind gemeinsam den Thementisch zu Konzernmacht gestaltet. Hier spielten InteressentInnen „1, 2 oder 3“ und vertieften dabei ihr Wissen. Das Spiel wurde in ein Quiz umgewandelt, das aktualisiert seit Anfang 2019 auf der NeSoVe Website zu finden ist.

NeSoVe bringt sich seit dem Launch der Plattform mit Expertise im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte koordinierend in der ‚AG Konzernmacht‘, welche die europaweite Kampagne ‚Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS‘ in Österreich umsetzt. Die Kampagne wurde im Frühjahr 2019 gestartet und hat zum Ziel innerhalb von einem Jahr mindestens eine Million Unterschriften gegen Konzernklagerechte im Rahmen von Investitionsschutzabkommen und für verbindliche Regulierung von Konzernen zur Durchsetzung der Menschenrechte zu sammeln.

Projekt: Human Rights Due Diligence

Im Rahmen dieses einjährigen Projekts wurden Sorgfaltsprüfungspläne und Risikomanagementsysteme österreichischer Unternehmen analysiert, diskutiert und hinsichtlich ihrer Wirkung für einen besseren Arbeitsrechtsschutz in der internationalen Liefer- und Wertschöpfungskette untersucht. Besondere Risikobereiche standen hier im Fokus, in erster Linie der IT-, Textil- und Rohstoffsektor. Die Ergebnisse wurden im Rahmen eines Betriebsratsseminars und einer öffentlichen Veranstaltung verarbeitet. Das Projekt wurde durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) gefördert und lief von Oktober 2017 bis September 2018.



Es wurden 24 Unternehmen untersucht, 6 davon detaillierter. Das Ministerium stimmte einer Veröffentlichung des Analyseberichts nicht zu, er konnte allerdings mit den Mitgliedern des NeSoVe geteilt werden.

Das Betriebsratsseminar wurde in Kooperation mit weltumspannend arbeiten, dem entwicklungspolitischen Verein des ÖGB organisiert. Es fand am 13.9.2018 in Strobl statt und wurde gut angenommen. 20 BetriebsrätInnen und andere Stakeholder nahmen daran teil, wurden auf die menschenrechtliche Situation entlang globalisierter Wertschöpfungsketten sensibilisiert, über diverse rechtliche Bestimmungen wie auch Lücken informiert und diskutierten über einen Nachmittag Handlungsmöglichkeiten verschiedener Akteure. Nicht zuletzt wurden die Spielräume der Betriebsratskörperschaften selbst ausgelotet.

Auch die öffentliche Veranstaltung mit dem Titel ‚Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne!‘ am 19.9.2018 verlief ausgesprochen gut. Sie fand in der AK Bibliothek statt, in Kooperation mit weltumspannend arbeiten und der AK Wien.

Es nahmen über 80 InteressentInnen teil. Nachdem die Anmeldungen die Raumkapazitäten überstiegen konnte darüber hinaus ein Live-Stream organisiert werden der bereits während der Veranstaltung über 300 Menschen erreichte und seither auf youtube nachgesehen werden kann.

Es konnte ein hochkarätiges Podium gewonnen und durch Ko-Finanzierungen der Kooperationspartner konnten auch internationale Gäste eingeladen werden: Neben Sabine Stelzenmayer (internationales Referat im ÖGB) und Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind) diskutierten Claudia Saller (Geschäftsführerin des ECCJ) sowie der Umweltsekretär des brasilianischen Gewerkschaftsverbandes CUT, Daniel Gaio am Podium, welches von Valentin Wedl (EU & Internationales, AK Wien) eingeleitet wurde. Die Veranstaltung wurde medial vor- und nachbereitet und auf der Website des ECCJ findet sich ein englischsprachiger Bericht der Veranstaltung.



Öffentliche Veranstaltungen und Lobbygespräche

- 9./10. Februar – Vorbereitungsworkshop für eine öffentliche Ausstellung und Sammelband der AK Kärnten zum Thema Neoliberalismus in Klagenfurt
- 12. März – Going Public Event der Anders Handeln Plattform im WUK
- 20. März – Austauschtreffen mit Sylvia Bierbaumer, BMASGK, Abteilung V.3
- 14. Mai – öffentliche Veranstaltung mit DKA, AG Rohstoffe, ÖFSE, ÖGB und Südwind zum Bergbaudisaster von Mariana in Brasilien mit internationalen Gästen der Bewegung der Staudambetroffenen (MAB) im Club Stephansplatz
- 15. Mai – Austauschtreffen mit EU-Parlamentsabgeordneten der Arbeitsgruppe Responsible Business Conduct gemeinsam mit Dachverband ECCJ in Brüssel
- 26. Mai – Vortrag zu Konzernmacht und -regulierung und Präsentation von Anders Handeln beim Südwind Straßenfest
- 1. Juni – Workshop mit FIAN zum Thema Konzernmacht im Rahmen des Nyeleni Frühjahrstreffen für Ernährungssouveränität am Klimacamp in Wolkersdorf
- 13./14. Juni – NeSoVe Infotisch am ÖGB Bundeskongress
- 21. Juni – Austauschtreffen mit Gerhard Doujak, BMEIA, Abteilung I.7 (Menschenrechte, Volksgruppenangelegenheiten) gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- 14. Juli – Workshop zum Thema Konzernmacht und -regulierung auf der Attac Sommerakademie in Graz
- 13. September – Workshop für BetriebsrätInnen und Präsentation des NeSoVe im Rahmen eines Lehrgangs von wusa /weltumspannend arbeiten in Strobl
- 19. September – Veranstaltung mit internationalen Gästen in der AK (siehe links)
- 2. Oktober – Austauschtreffen mit Gerhard Doujak, und Stephan Rutkowski, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz
- 15./16. Oktober – Teilnahme an UN-Verhandlungen zum Treaty (4. Arbeitsgruppensitzung) in Genf inkl. schriftlicher und mehrerer mündlicher Stellungnahmen gemeinsam mit größerer österreichischer Delegation
- 15. Oktober – Austauschtreffen mit dem Ständigen Vertreter Österreichs in Genf Yannis Fotakis
- 16. Oktober – Austauschtreffen mit NR-Abgeordneter Petra Bayr in Genf mit ECCJ und DKA
- 9. November – zivilgesellschaftlicher Roundtable mit internationalen Gästen zum Mariana Fall in Brasilien und dem UN Treaty mit DKA, Südwind und AK Wien in der AK
- 20./21. November – Kampagnen-Strategieplanungstreffen für die 2019 startende europaweite Kampagne „Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS in Brüssel“

- 30. November – Vortrag zum Thema ‚Wie kann Europa mit Afrika solidarisch handeln?‘ bei der ÖGB Afrikatagung im ÖGB Catamaran



Stellungnahmen und Lobbybriefe

- 9. Februar – Brief an Außenministerin Kneissl mit 13 Organisationen der Treaty Allianz bzgl. konstruktiver Teilnahme am UN Binding Treaty Prozess
- 5. Juni – Brief an UN Mitgliedsstaaten mit der internationalen Treaty Allianz bzgl. UN Binding Treaty Prozess
- 21. Juni – Brief an Geppert Hydropower mit 21 Organisationen, Petra Bayr, Ulrike Lunacek und Monika Vana bzgl. Lieferungen an Wasserkraftwerk in Honduras
- 26. Juni – Brief an UNCITRAL mit 270 Organisationen weltweit bzgl. ISDS Reformgesprächen
- 10. Juli – Appel an Bundespräsident Van der Bellen mit der Anders Handeln Plattform bzgl. CETA
- 11. Juli – Brief an EU und Mitgliedsstaaten mit der internationalen Treaty Allianz bzgl. Binding Treaty Prozess
- 20. September – Brief an Europäische Entwicklungsbank mit 13 weiteren Organisationen zum Thema Landbasierte Investitionen
- 2. Oktober – Brief an österreichische Entwicklungsbank mit FIAN, AGGV und KOO zum Thema Landbasierte Investitionen
- 26. November – Postition mit 26 europäischen Organisationen bzgl. NFI-Berichterstattung

Publikationen

- Überarbeitung des Infoblatts ‚Menschen vor Profite‘ zum UN-Binding Treaty
- 5 Gründe für ein verbindliches UN-Abkommen zur Regulierung von Konzernen‘, Infoblatt zum Going Public von Anders Handeln
- Weinzierl: ‚Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne! Wie wir Konzernmacht im Neoliberalismus brechen.‘ In: AK Kärnten (Hg.), Welt aus den Fugen – Wie der Neoliberalismus unser Leben verändert. ÖGB Verlag, S. 91-106.
- Weinzierl: Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne! Chevron in Ecuador. In: Lateinamerika Anders, 3/2018, S. 8/9.
- Jäger/Küblböck/Weinzierl: ‚Die EU-Rohstoffpolitik: umkämpfter neuer Konstitutionalismus.‘ In: Kritische Justiz, 1/2019, S. 49-57.

Auswahl der Medienberichte

- 14. März - Neue Plattform gegen Handelsabkommen - <https://www.w24.at/News/2018/3/Neue-Plattform-gegen-Handelsabkommen>

TV-Berichterstattung des Going Public Events von Anders Handeln auf w24.at



Keine Straflosigkeit für Konzerne

Ob in der Textilindustrie, im Ernährungssystem oder im Abbau von Rohstoffen für die Elektronikbranche: Konzerngewinne speisen sich oft aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen. Zwangsarbeit erwirtschaftet jährlich 150 Milliarden US-Dollar Profite für Unternehmen laut der UN-Arbeitsorganisation ILO. Mehr als die Hälfte der europäischen Unternehmen profitiert von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang der globalisierten Wertschöpfungskette. Bisher konnte sich die Staatengemeinschaft nur auf einen Empfehlungskatalog zur Vermeidung und Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen in Wirtschaftszusammenhängen einigen: die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Österreich hat diese aber – wie viele andere Staaten – nicht in nationales Recht umgesetzt. „Bei Verstößen gegen die Menschenrechte durch Konzerne haben die Opfer praktisch keine Chance auf Entschädigung und Wiedergutmachung, die Unternehmen bleiben strafflos“, so Carla Weinzierl, vom Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe). „Freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen greifen zu kurz. Um Menschenrechte Realität werden zu lassen, müssen wir Konzerne verbindlich regulieren.“ Jahrelanger zivilgesellschaftlicher Druck hat nun erste Schritte in die richtige Richtung ausgelöst, so wird seit 2014 ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte auf UN-Ebene diskutiert. Im Oktober findet die nächste Arbeitsgruppensitzung statt, in der ein erster Entwurf des Abkommens besprochen wird. Österreich steht den Verhandlungen – wie viele andere Staaten des globalen Nordens – skeptisch bis ablehnend gegenüber. Frühere Anläufe für verbindliche Regelungen scheiterten am Widerstand der Wirtschaftslobby.

www.nesove.at

- 11. September - Welttag Für Menschenwürdige Arbeit - <https://www.tips.at/News/Linz/Kultur/439171-Welttag-Fuer-Menschenwuerdige-Arbeit>

- 8. Oktober - Keine Straflosigkeit Für Konzerne – Option Magazin

- 10. Oktober - Zivilgesellschaftliche Anliegen Zu Landbasierten Investitionen – <https://www.globaleverantwortung.at/Zivilgesellschaftliche-Anliegen-Zu-Landbasierten-Investitionen>

- 11. Oktober - Verbindliches UN-Abkommen Zu Unternehmensverantwortung – <http://www.oneworld.at/Start.Asp?ID=262> Bildschirmfoto 2019-04-25 um 19:31:20 755

- 26. November - ÖGB Lädt Zur Tagung „Fairness Für Afrika!“ – <https://www.unsere-zeitung.at/2018/11/26/Oegb-Laedt-Zur-Tagung-Fairness-Fuer-Afrika/>

- 27. November - AVISO: ÖGB Lädt Zur Tagung „Fairness Für Afrika!“ Am 30. November – https://www.ots.at/Presseaussendung/OTS_20181127_OTS0108/Aviso-Oegb-Laedt-Zur-Tagung-Fairness-Fuer-Afrika-Am-30-November

Bericht in der Herbst Ausgabe des Option Magazins & Artikel über Chevron in Lateinamerika Anders

Nr. 3/2018

lateinamerika anders

MENSCHENRECHTE ZWISCHEN KRISE UND AUSBAU

RECHTE FÜR MENSCHEN – REGELN FÜR KONZERNE!

Der Ölkonzern Chevron müsse für jahrzehntelange Menschenrechtsverletzungen und Verseuchung des Amazonas keinen Schadenersatz zahlen, so ein Schiedsgericht Anfang September. Diese Straflosigkeit der Konzerne soll in diversen Freihandelsabkommen weiter gefestigt werden. Der internationale Rahmen, sie zur Verantwortung zu ziehen, fehlt hingegen bislang. Abhilfe könnte das UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte schaffen, für das sich eine breite internationale Kampagne einsetzt.

Von Carla Weinzierl

private Sicherheitskräfte ein, um Proteste gewaltsam zu unterdrücken und WiderstandskämpferInnen verschwinden zu lassen. Auch der Raub und die Verschmutzung von Land und Wasser sind an der Tagesordnung und damit die Zerstörung der Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Bei Verstößen gegen die Menschen-

Ausblick 2019

Auch im Jahr 2019 steht das Thema verbindliche Regulierung von Konzernen um Menschenrechte durchzusetzen und unsere Lebensgrundlagen zu schützen im Zentrum der Arbeit des NeSoVe. Der UN Binding Treaty Prozess wird weiterhin im Detail verfolgt und in der Lobby- und Kampagnenarbeit mit Initiativen auf nationaler und europäischer Ebene verknüpft.

Im Rahmen des diesjährigen vom BMASGK geförderten Kleinprojekts zum Thema Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in der Wertschöpfungskette werden Gütesiegel und diverse relevante Initiativen auf ihr Potenzial Arbeitsausbeutung in den Hochrisikosektoren zu bekämpfen untersucht und Empfehlungen für die Politik erarbeitet.

Darüber hinaus beteiligt sich NeSoVe am von der ADA geförderten Projekt ‚Rohstoffe fair und zirkulär‘ der AG Rohstoffe. NeSoVe wird gemeinsam mit Global2000 in diesem Rahmen Schulungen für JournalistInnen, eine Speakers Tour mit Gästen aus dem globalen Süden und eine Veranstaltungswoche organisieren.

Die Arbeit des NeSoVe im Jahr 2019 wird darüber hinaus stark von der europaweiten Kampagne ‚Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne – Stopp ISDS‘ geprägt. Gemeinsam mit der Treaty Allianz und der Anders Handeln Plattform werden diverse Kampagnenmaterialien produziert und Events veranstaltet um innerhalb von einem Jahr mindestens eine Million Unterschriften in Europa zu sammeln. Die Kampagne fordert das Ende des ISDS Systems der Konzernklagerechte und verbindliche Regulierung von Konzernen.



